

www.wachstumimwandel.at/konferenz2016/

„AN GRENZEN WACHSEN“ Faktensammlung aus der Literatur

TRANSFORMATION

ENTWICKLUNG

GRENZEN

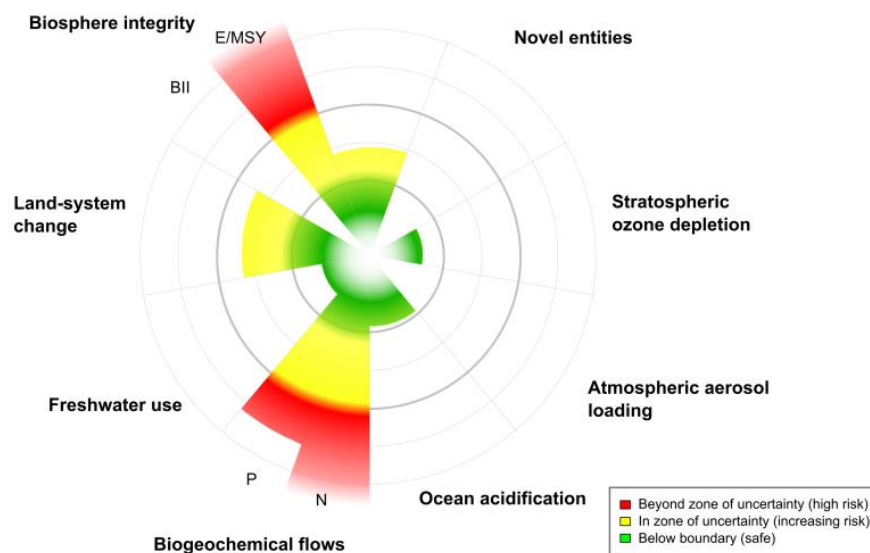
Grenzen der Erde
Grenzen des Ressourcen- und Energieverbrauchs
Wachstum und Wachstumsraten
Erweiterte Messung von Wohlstand
Lebenszufriedenheit und Wirtschaft
Lebenszufriedenheit und Einkommen
Wachstumsdruck von Unternehmen
BIP und Arbeitslosen-Entwicklung
Wachstum und Erwerbstätige
Globale Ausgaben und Nachhaltigkeit

Grenzen der Erde (Planetary Boundaries)

In der 2009 erschienenen Studie des Stockholm Resilience Center über „Planetary Boundaries“ wurden neun planetarische Grenzen festgelegt, deren Überschreiten sich verheerend auf die Menschheit auswirken könnte. Der Klimawandel, der Verlust fruchtbarer Ackerböden sowie zunehmende Wasserknappheit gelten heute als zentrale Probleme, die die Lebensgrundlagen vieler Menschen gefährden. Als weitere Krisentrends werden die Verschmutzung der Meere sowie der Verlust an Artenvielfalt genannt.

Das Welt-Boden-Informationszentrum hat ermittelt, dass im vergangenen Vierteljahrhundert ein Viertel der globalen Landfläche heruntergewirtschaftet wurde – durch Ausbeutung der Böden, Erosion und Giftstoffe. Über dreißig Länder weltweit leiden nach UN-Angaben bereits an chronischem Wassermangel. Der indische Ökonom *Chandran Nair* warnt daher vor einer ›Wasserblasenökonomie‹, die ebenso platzen werde wie jene der Finanzblasen. Die Organisation *Oceana* schätzt, dass stündlich 165 Tonnen Abfall in die Meere geleitet werden – die Hälfte davon ist Plastik. Da Kunststoff bis zu fünfhundert Jahre braucht, um abgebaut zu werden, und bislang nur ein geringer Prozentsatz dem Recycling zugeführt wird, verursacht dies große Probleme für die Meeresfauna. Um die ökosystemischen Lebensgrundlagen nicht weiter zu gefährden, ist ein neues Verständnis von Wachstum nötig. Als größte Herausforderung gilt der Klimawandel. Um das international vereinbarte 2-Grad-Ziel zu erreichen, wäre bei Fortschreibung der bisherigen Emissionen das tolerierbare Volumen in 20 Jahren aufgebraucht. Ein großer Teil der Fossilreserven muss unter der Erde bleiben, wenn Klimaschutz wirklich ernst genommen wird.

Der Klimawandel, der Verlust fruchtbarer Ackerböden sowie zunehmende Wasserknappheit gelten heute als zentrale Probleme, die die Lebensgrundlagen vieler Menschen gefährden.



Quelle: Stockholm Resilience Center

Link

Planetary Boundaries Research
www.stockholmresilience.org/planetary-boundaries

Grenzen des Ressourcen- und Energieverbrauchs

In Österreich werden pro Tag und Kopf durchschnittlich 14 kg nachwachsende Rohstoffe, 9 kg fossile Energieträger, 3 kg Metalle und 35 kg nicht-metallische Mineralstoffe konsumiert. Dazu kommen 750 Liter Wasser und 1 Hektar Land. Der Pro-Kopf-Tagesverbrauch an Energie entspräche der Verbrennung von über 8,5 Litern Erdöl, würde der gesamte Energieverbrauch daraus gedeckt. In der Realität machen Erdöl und Erdgas etwa zwei Drittel des Verbrauchs aus (BMLFUW 2015: 13).

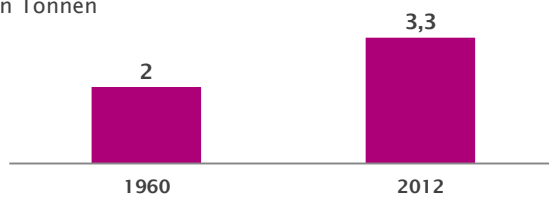
Die Ressourceneffizienz der Wirtschaft bezieht sich auf den Materialverbrauch pro Einheit BIP. Mit etwa 1.400 Euro erwirtschaftetem BIP pro Tonne Materialverbrauch liegt Österreich im EU-Durchschnitt. Zu den Spitzenreitern zählen Luxemburg, Großbritannien und die Niederlande, Vorreiterländer im Bereich Dienstleistungswirtschaft.

Der Verbrauch von fossilen Energieträgern, der wesentlich für den Klimawandel verantwortlich zeichnet, ist in Österreich von 1960–2012 um 12 Millionen Tonnen auf knapp 28 Millionen gestiegen, was einem Pro-Kopf-Anstieg von 2 auf 3,3 Tonnen entspricht (BMLFUW 2015: 47). Der österreichische Metallverbrauch lag 2012 bei knapp 10 Millionen Tonnen bei einer Bevölkerung von knapp 8 Millionen. Eine Kreislaufwirtschaft wird gesetzlich festgelegte Verbrauchsobergrenzen für Rohstoffe erforderlich machen.

Ein großer Teil des verbleibenden Erdöls muss unter der Erde bleiben, um das 2-Grad-Ziel zu erreichen.

Verbrauch fossiler Energie in Österreich pro Kopf

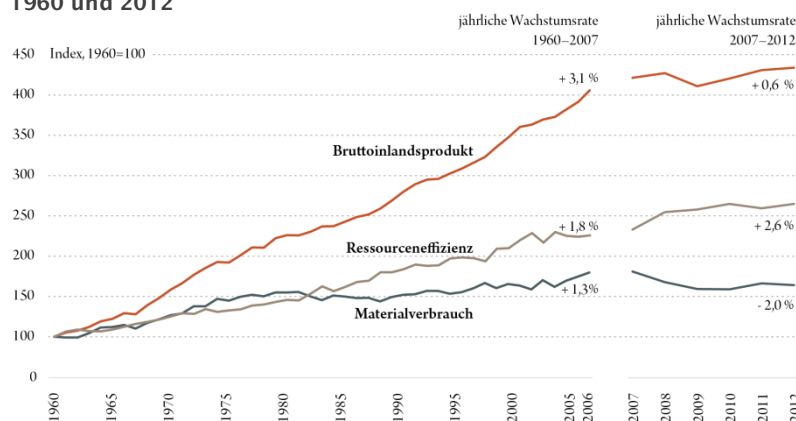
in Tonnen



Quelle: BMLFUW 2015

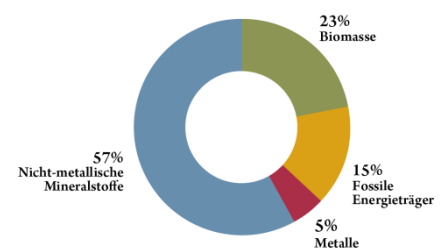
JBZ-Grafik

Indexierte Darstellung der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP), Inlandsmaterialverbrauchs (DMC) und der Ressourceneffizienz zwischen 1960 und 2012



Quelle: BMLFUW

Anteile der vier Hauptmaterialkategorien am österreichischen Ressourcenverbrauch im Jahr 2012



Quelle

BMLFUW (2015): Ressourcennutzung in Österreich. Wien

Wachstum und Wachstumsraten

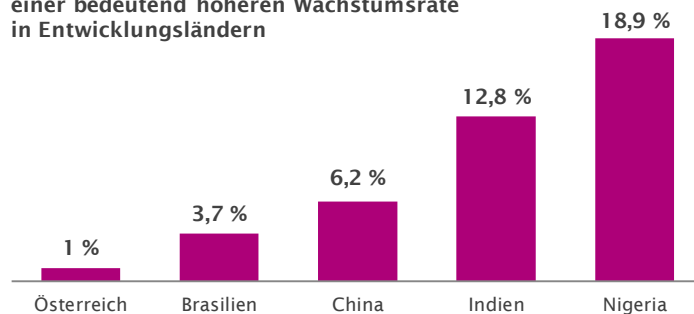
1 Prozent Wirtschaftswachstum in Österreich entspricht in absoluten Zahlen kaufkraftbereinigt z. B. 3,7 Prozent in Brasilien, 6,2 Prozent in China, 12,8 Prozent in Indien oder 18,9 Prozent in Nigeria und für die ärmsten Länder der Welt steigt der Wert auf über 50 Prozent (Exenberger 2011).

Wenn von Wachstum gesprochen wird, ist daher zwischen absolutem und prozentuellem Wachstum zu unterscheiden. 2 Prozent Wachstum bedeuten eine Verdoppelung innerhalb von 35 Jahren. Und 2 Prozent Wachstum einer hoch entwickelten Wirtschaft sind bedeutend mehr als – sagen wir – 5 Prozent Wachstum einer Wirtschaft mit niedrigem Ausgangsniveau. Wir kennen dieses Prinzip auch aus Lohnverhandlungen: 2 Prozent Lohnsteigerung bei hohem Einkommen bringen bedeutend mehr an Einkommenszuwachs als 2 Prozent bei niedrigem Einkommen.

Der Schluss aus dieser exponentiellen Wachstumsfalle: wo ein hohes Ausgangsniveau erreicht ist, muss zu linearem Wachstum oder auch zu einem Ende von Wachstum übergegangen werden. Auch wenn ein bedingter Übergang zu einem qualitativen Wirtschaftswachstum möglich ist, etwa durch den vermehrten Konsum ressourcenarmer Dienstleistungen statt ressourcenintensiver Güter, so müssen und können ausgewachsene Volkswirtschaften – davon waren Ökonomen wie Adam Smith oder viel später Ludwig Erhard überzeugt – nicht permanent weiter wachsen (Luks 2001) bzw. muss der Fokus auf andere Dinge gerichtet werden, wie z.B. das Wachstum an Lebensqualität.

Bei organischem Wachstum bleibt starkes Wachstum auf die Frühphase beschränkt. Im Reifestadium kommt es nur mehr zur Erneuerung des Bestands.

1 Prozent Wirtschaftswachstum in Österreich entspricht kaufkraftbereinigt real einer bedeutend höheren Wachstumsrate in Entwicklungsländern



Quelle: Exenberger 2011

JBZ-Grafik

Quellen

Andreas Exenberger (2011): Wirtschafts- und sozialhistorische Reflexionen zur „Marktwirtschaft für Menschen“.

In: Clemens Sedmak u. a. (Hrsg.): Marktwirtschaft für Menschen. Wien, Lit-Verlag 2011; S. 169–190, Daten S.173

Fred Luks (2001): Die Zukunft des Wachstums. Theoriegeschichte, Nachhaltigkeit und die Prinzipien einer neuen Wirtschaft.

Marburg, Metropolis

Erweiterte Messung von Wohlstand

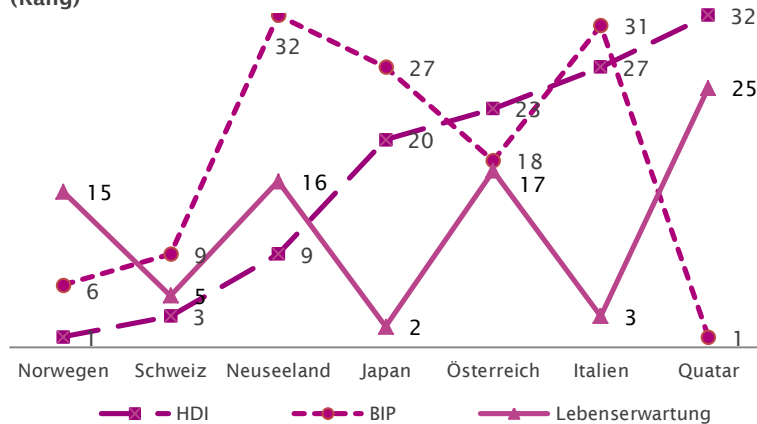
Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) muss durch weitere Indikatoren ergänzt werden, so die Einschätzung einschlägiger ExpertInnen etwa der Enquete „Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestags oder der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission in Frankreich. Das BIP gibt etwa keine Auskunft über nicht am Markt erbrachte Leistungen, etwa in den Familien oder in der Nachbarschaft, über den Umweltverbrauch der über die Verteilung des Wirtschaftsprodukts entsteht. Mittlerweile existiert eine Vielzahl an alternativen Messsystemen, beispielsweise der Index for Sustainable Economic Welfare (ISEW) oder das „Wohlstandsquintett“ des Denkwerk Zukunft.

Der Human Development Index (HDI) der Vereinten Nationen ist ein mittlerweile anerkannter Wohlstandsindikator für Staaten und wird seit 1990 im jährlich erscheinenden *Human Development Report* des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) veröffentlicht. Anders als der Ländervergleich der Weltbank berücksichtigt der HDI nicht nur das Bruttonationaleinkommen pro Kopf, sondern ebenso die Lebenserwartung und die durchschnittliche Anzahl an Schuljahren. Seit kurzem werden auch die Werte dieser Indikatoren differenziert nach Einkommensgruppen erhoben. Länder mit hohem BIP schneiden beim HDI nicht immer gut ab. So liegen die Staaten mit dem höchsten BIP pro Kopf Qatar und Kuwait beim HDI nur an 32. bzw. 48. Stelle. Australien liegt beim BIP/Kopf nur an 19. Stelle, beim HDI aufgrund sehr langer Schulpflicht und einer hohen Lebenserwartung jedoch an 2. Stelle hinter Norwegen, das beim BIP nur an 6. Stelle liegt. Die Länder mit der höchsten Lebenserwartung sind wiederum China, Japan und Italien. Österreich lag laut HDI-Report 2015 an 18. Stelle beim BIP/Kopf, aufgrund niedrigerer Pflichtschuljahre beim HDI jedoch an 23. Stelle.

Der HDI misst soziale Aspekte, Umweltaspekte werden nicht berücksichtigt. Diese erfasst beispielsweise der Ökologische Fußabdruck bzw. der Happy Planet Index.

Auch in Österreich gibt es mit „Wie geht’s Österreich?“ der Statistik Österreich eine Initiative zur erweiterten Messung von Wohlstand, in der ökonomische, soziale und ökologische Parameter erfasst werden. Dabei zeigt sich beispielsweise, dass die Entkopplung von BIP und Umweltverbrauch bislang nur sehr bedingt gelungen ist und dass die Lebenszufriedenheit stagniert.

Vergleich von HDI, BIP und Lebenserwartung (Rang)



Quelle: UNDP

JBZ-Grafik

Links

hdr.undp.org/en/content/human-development-index-hdi

hdr.undp.org/sites/default/files/2015_human_development_report_1.pdf

www.nachhaltigkeit.info, www.denkwerkzukunft.de

www.statistik.at/web_de/statistiken/wohlstand_und_fortschritt/wie_gehts_oesterreich

Lebenszufriedenheit und Wirtschaft

Eine große Mehrheit von 88 Prozent der ÖsterreicherInnen ist mit dem Leben zufrieden, so die Ergebnisse einer Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2014 (EK 2014: 1). Bemerkenswert ist aber, dass vor 20 Jahren, zum Zeitpunkt des EU-Beitritts Österreichs, exakt gleich viele ÖsterreicherInnen mit ihrem Leben zufrieden waren, obwohl die Wirtschaft und auch die Kaufkraft der Menschen in dieser Zeit weiter gewachsen sind.

Die Eurobarometer-Befragung zeigt ein Zweites: die eigene berufliche Situation wird nach wie vor von 80 Prozent und die finanzielle Situation des Haushalts von 81 Prozent der ÖsterreicherInnen positiv beurteilt. Allerdings glauben nur mehr 41 Prozent, dass man die Lage am heimischen Arbeitsmarkt als „gut“ bezeichnen könne. Die Situation der heimischen Wirtschaft wird nur mehr von der Hälfte positiv gesehen, die wirtschaftliche Situation der EU von nur noch knapp mehr als einem Drittel der Befragten (ebd. S. 1).

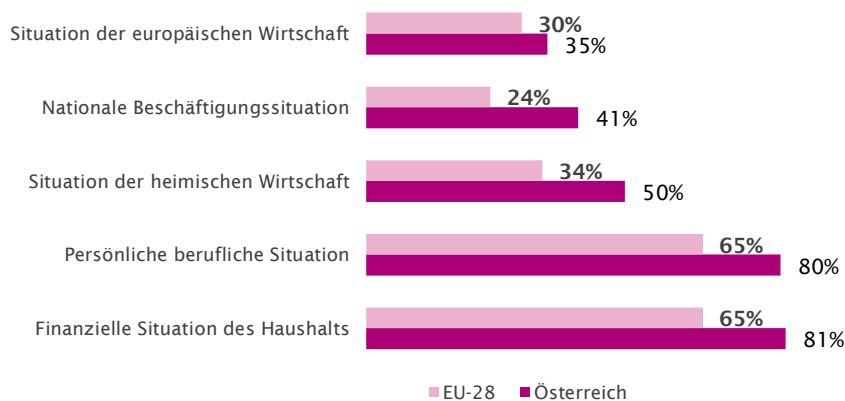
Was ist daraus abzulesen? Zum einen wird die persönliche Situation mehrheitlich bedeutend besser eingeschätzt als die allgemeine wirtschaftliche Lage. Dieses Phänomen ist auch aus Umfragen über Zukunftsaussichten bekannt. Zum anderen zeigt die Befragung, dass eine nachhaltige Strategie, die Lebenszufriedenheit zum Ziel hat, nicht mehr auf eine Steigerung der materiellen Bedingungen für alle BürgerInnen zielen soll, sondern auf jene der ökonomisch Benachteiligten, was bessere Bildungschancen für Benachteiligte sowie eine umverteilende Arbeitszeit- und Einkommenspolitik erfordert.

Über 80 Prozent der ÖsterreicherInnen sind mit ihrer beruflichen und finanziellen Situation zufrieden.

Materielle Verbesserung brauchen nur mehr etwa 20 Prozent der Bevölkerung.

Einschätzung der wirtschaftlichen Lage

Eurobarometer 2014



Quelle

Europäische Kommission (2014): Standard Eurobarometer 82. Nationaler Bericht Österreich
ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb82/eb82_at_at_nat.pdf

Lebenszufriedenheit und Einkommen

Einkommen spielt eine Rolle im Zusammenhang mit Lebenszufriedenheit, doch noch wichtiger ist die Einkommensverteilung. In der EU geben 87 Prozent der Personen im obersten Einkommensquartil an, „sehr“ oder „ziemlich zufrieden“ zu sein, gegen bloß 73 Prozent im untersten. Der Grenznutzen einer Einkommenssteigerung nimmt jedoch rasch ab: Ein zusätzlicher Euro für einen Wohlhabenden bringt bloß ein Zehntel der zusätzlichen Zufriedenheit, die sie einem Armen (mit einem Einkommen von einem Zehntel) bringen würde (Tichy 2011: 444).

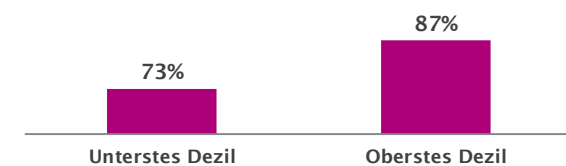
Dass die Reichen insgesamt zufriedener sind, lässt sich damit erklären, dass Ärmere mangels Vermögen und aufgrund von Einkommensunsicherheit zwangsläufig größere Sorgen haben. Zudem wird der Relativitätseffekt angeführt. Die weniger Begüterten messen sich an den Reicheren, sind daher unzufriedener. Dennoch nimmt – so Ergebnisse von Umfragen – der Zufriedenheitszuwachs rasch ab und hört bei einer Grenze von etwa 10.000 Euro/Kopf Monatseinkommen auf (Tichy 2011: 444). In anderen Quellen finden sich geringere Angaben wie 70.000 Euro pro Jahr.

Wichtiger als die Einkommenshöhe ist die Einkommensverteilung für die Lebenszufriedenheit. Die Unzufriedenheit ist umso höher, je höher die Ungleichheit ist (Tichy 2011: 445).

Aufschlussreich sind die unterschiedlichen Einschätzungen bezüglich sozialer Mobilität zwischen den USA und der EU. 72 Prozent der AmerikanerInnen, aber bloß 40 Prozent der EuropäerInnen glauben, dass die Armen reicher wären, wenn sie sich nur genug anstrengten. Und 60 Prozent der EuropäerInnen, aber nur 29 Prozent der US-BürgerInnen glauben, dass man sich aus einer Armutsfalle nicht mit eigener Kraft befreien kann.

Empirische Studien belegen, dass Gesellschaften mit geringerer Ungleichheit wirtschaftlich, sozial und kulturell besser abschneiden. Länder wie Japan, Schweden, Norwegen oder Niederlande haben eine relativ geringe Einkommensungleichheit und relativ geringe soziale und gesundheitliche Probleme. Bei Staaten wie den USA, Portugal oder Großbritannien ist die Lage genau umgekehrt. Zusammenhänge werden auch zwischen Einkommensungleichheit und Vertrauen hergestellt: je weniger Ungleichheit desto höher das Vertrauen in einer Gesellschaft (Wilkinson/Pickett 2009. s. Grafik).

Zufriedenheit nach Einkommensstufe



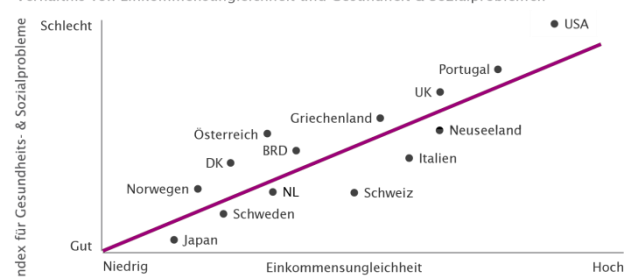
Armut ist selbstverschuldet



Quelle: Tichy 2011

JBZ-Grafik

Verhältnis von Einkommensungleichheit und Gesundheit & Sozialproblemen



Quelle: Wilkinson, Pickett (2009)

Quellen

Gunter Tichy: Zentrale Ergebnisse der Forschung über Lebenszufriedenheit. In: Wirtschaft und Gesellschaft. Heft 3/2011 wug.akwien.at/WUG_Archiv/2011_37_3/2011_37_3_0435.pdf

Richard G. Wilkinson, Kate Pickett (2009): Gleichheit ist Glück. Warum gerechtere Gesellschaften für alle besser sind. Berlin

Wachstumsdruck von Unternehmen

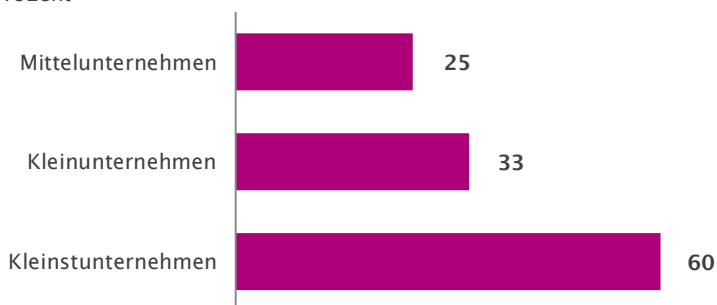
Die Hälfte der 700 befragten Klein- und Mittelunternehmen geben in einer Studie des Deutschen Instituts für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW 2015) an, dass sie für sich keine gesellschaftlichen Wachstumserwartungen und keinen ökonomischen Wachstumsdruck wahrnehmen beziehungsweise dass diese für ihr Handeln nicht relevant sind.

Die andere Hälfte der KMU nimmt durchaus externe Wachstumserwartungen oder Wachstumsdruck wahr, selten jedoch in solch hohem Maße, dass sie ihre Unternehmenswerte gefährdet sehen. Jedes zweite dieser Unternehmen versucht vielmehr, die Wachstumserwartungen nur begrenzt zu bedienen und sich dem (ökonomischen) Druck zu entziehen, um Ziel- und Wertkonflikte möglichst zu vermeiden.

Bei Unternehmen mit Wachstumsdruck wirkt mit, dass Wachstum teilweise als Erfolgs- und Leistungsnachweis wahrgenommen wird, den man gegenüber den internen und externen Stakeholdern erbringen muss (und möchte). Die zentralen Ursachen für Wachstumsdruck werden jedoch im Kosten- und Investitionsdruck gesehen – rund 60 Prozent aller Nennungen entfallen hierauf. Unternehmen ohne Wachstumsdruck nennen als Strategien: Positionierung in Marktnischen, nachhaltigkeitsorientierte Qualitätsführerschaft, regionale Einbettung, Vermeidung von Abhängigkeiten, Entschleunigung, Kostenreduktion.

Heidi Leonhardt von der BOKU Wien und Maria Juschten von der WU Wien haben in einer österreichischen Studie Wachstumsmechanismen, Gründe für Wachstum und so genannte Postwachstumsunternehmen untersucht (Studie erscheint demnächst).

Anteil der befragten Unternehmen ohne Wachstumsdruck
in Prozent



Quelle: ÖIW

JBZ-Grafik

Quellen

ÖIW (2015): Wie wichtig ist Wachstum für KMU? Ergebnisse einer Befragung von kleinen und mittleren Unternehmen.

Verf.: Jana Gebauer, Julian Sagebiel, Schriftenreihe des IÖW 208/15 www.ioew.de/publikation/wie_wichtig_ist_wachstum_fuer_kmu/

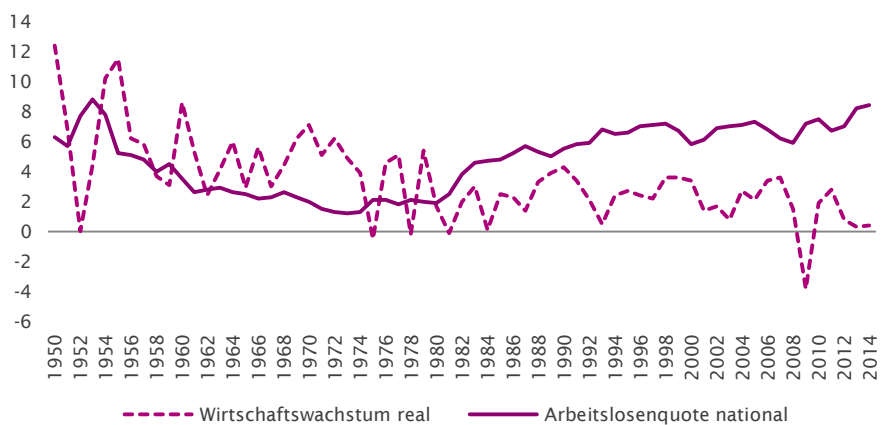
BIP- und Arbeitslosen-Entwicklung

Betrachtet man die Entwicklung des Wirtschaftswachstums sowie der Arbeitslosenquote in Österreich seit 1950, so lässt sich hier durchaus ein Zusammenhang herstellen. Während bis in die 1970er-Jahre die Wachstumsrate in der Regel über der Arbeitslosenquote lag, hat sich das Verhältnis in den Folgejahrzehnten umgekehrt: die Arbeitslosenquote liegt meist deutlich über der Wachstumsrate. Während erstere stetig zunimmt, sinkt das Wirtschaftswachstum (s. Grafik).

Doch sind die Daten zu relativieren: Die sinkenden Wachstumsraten hängen vor allem mit einem immer größeren Bruttoinlandsprodukt (BIP) zusammen. Das Wirtschaftsprodukt steigt, auch wenn die Wachstumsraten sinken. Das BIP hat sich in Österreich seit 1950 real vervierfacht. Und die Arbeitslosenquote hängt wesentlich auch mit der Anzahl der Erwerbspersonen zusammen, die v. a. durch Zuwanderung und die Zunahme der Frauenbeschäftigung stark gewachsen ist. Mehr Erwerbspersonen können die Arbeitslosigkeit trotz steigender Arbeitsplätze erhöhen. Andererseits verringert die Zunahme der Teilzeitarbeitsplätze die Arbeitslosenquote. Das Arbeitsvolumen, d. h. der Umfang der geleisteten Arbeitsstunden, sinkt in Österreich, während die Zahl der Arbeitsplätze weiter steigt (s. u.).

Durch Rationalisierungsprozesse gehen permanent Arbeitsplätze verloren, die, so eine gängige Argumentation, nur durch Wachstum in anderen Bereichen ersetzt werden können. Der Ökonom Markus Marterbauer (2008) spricht von einer „Arbeitslosigkeitsschwelle“ von 1,5 Prozent Wirtschaftswachstum, damit die Arbeitslosigkeit nicht steigt, und von einer „Beschäftigungsschwelle“ von 2 Prozent Wirtschaftswachstum, um Nettoarbeitsplätze zu schaffen, d. h. dass mehr neue Arbeitsplätze entstehen als durch den Strukturwandel verloren gehen. Als Zukunftswege bei sinkendem Wirtschaftswachstum werden der Ausbau der beschäftigungsintensiven und die Lebensqualität fördernden sozialen Dienstleistungen sowie innovative Modelle der Arbeitszeitverkürzung vorgeschlagen.

Wirtschaftswachstum und Arbeitslosenquote in Österreich 1950–2014



Quelle: WKS, Statistik Austria

JBZ-Grafik

Quellen

BIP und Wirtschaftswachstum. WKÖ August 2015

wko.at/statistik/Extranet/Langzeit/Lang-BIP.pdf

Arbeitslosenquote 1950–2014

wko.at/statistik/Extranet/Langzeit/GLang-Arbeitsmarkt.pdf

Statistik Austria: Arbeitslosenquote in Österreich

www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/arbeitsmarkt/arbeitslose_arbeitsuchende/arbeitslose_nationale_definition/index.html

Markus Marterbauer: Wem gehört der Wohlstand? Perspektiven für eine neue österreichische Wirtschaftspolitik. Wien, 2007

Es gibt einen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit. Letztere hängt aber wesentlich mit der Zunahme der Erwerbspersonen zusammen.

Anmerkung: Die nationale Arbeitslosenquote wird berechnet auf Basis der vom Arbeitmarktservice vorgemerkten Arbeitslosen und den beim Hauptverband der Sozialversicherungsträger erfassten unselbständig Beschäftigten, d. h. Personen, die unter der Geringfügigkeit beschäftigt sind, sind in der Arbeitslosenquote nicht berücksichtigt. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition ist also höher als jene nach internationaler Definition, in der auch geringfügig Beschäftigte berücksichtigt sind.

Wachstum und Erwerbstätige

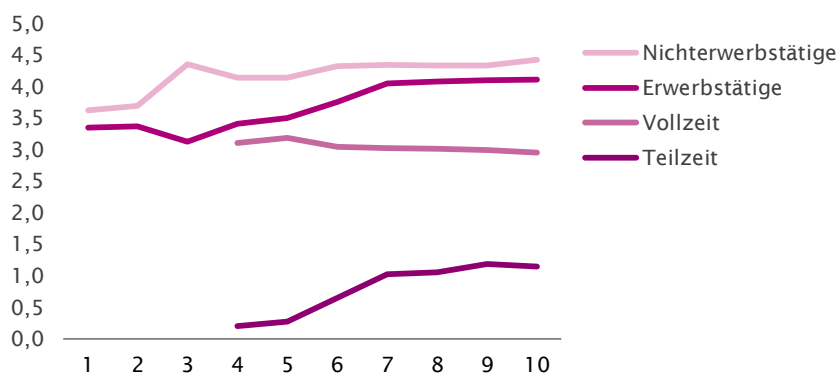
Die Zahl der Erwerbstätigkeiten ist in Österreich seit 1951 kontinuierlich von 3,4 Millionen auf 4,11 Millionen Personen im Jahr 2014 gestiegen. 3,56 Millionen der 4,11 Millionen Erwerbspersonen waren 2014 den unselbständig Beschäftigten zuzurechnen. Über eine halbe Million gehören zur Gruppe der Selbständigen.

Die Differenz zwischen Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen hat sich nach einem Auseinandergehen der beiden Größen in den 1970er-Jahren, dem Jahrzehnt der geburtenstärksten Jahrgänge, in den Folgejahrzehnten kontinuierlich verringert. 2014 standen 4,11 Millionen Erwerbstätige 4,43 Millionen Nicht-Erwerbstätige gegenüber. Für die Finanzierung der Sozialleistungen spielt jedoch nicht nur das Verhältnis von Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen, sondern insbesondere auch die Wertschöpfung der Volkswirtschaft sowie jene der Arbeitsplätze eine Rolle, aus denen sich das Steueraufkommen und die Pensionsbeiträge generieren.

Markant ist der Anstieg der Teilzeitbeschäftigten (erfasst seit 1981), der von einer halben Million Mitte der 1990er-Jahre auf heute knapp 1,15 Millionen angestiegen ist. Die Zahl der Vollzeitstellen sank von 3,1 Millionen im Jahr 1981 auf heute 2,96 Millionen (2014). 47 Prozent der erwerbstätigen Frauen und knapp 11 Prozent der erwerbstätigen Männer waren 2014 teilzeitbeschäftigt. Bei mäßigem Wirtschaftswachstum wird der Trend zu kürzeren Arbeitszeiten weiter zunehmen.

Kontinuierliches Anwachsen der Erwerbstätigen in Österreich, seit den 1990er-Jahren jedoch Rückgang der Vollzeitstellen.

Erwerbstätige und Nichterwerbstätige in Österreich 1951-2014



Quelle: Statistik Austria

JBZ-Grafik

Anmerkung:
Der Erwerbstätigkeit liegt das ILO-Konzept zugrunde, das Personen ab einer wöchentlichen Normalarbeitszeit von einer Stunde als erwerbstätig rechnet, d.h. dass hier auch geringfügig Beschäftigte sowie Personen in Karenz eingerechnet sind. Arbeitslose zählen zur Gruppe der Nicht-Erwerbstätigen.

Quellen

Erwerbstätige nach Alter und Geschlecht seit 1994

www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/arbeitsmarkt/erwerbstaetige/062875.html

Walter Hain: Die Zukunft Österreichs in der demografischen Entwicklung

members.chello.at/~master.walter.hain/Die_Zukunft_Oesterreichs_in_der_demographischen_Entwicklung.htm

Globale Ausgaben und Nachhaltigkeit

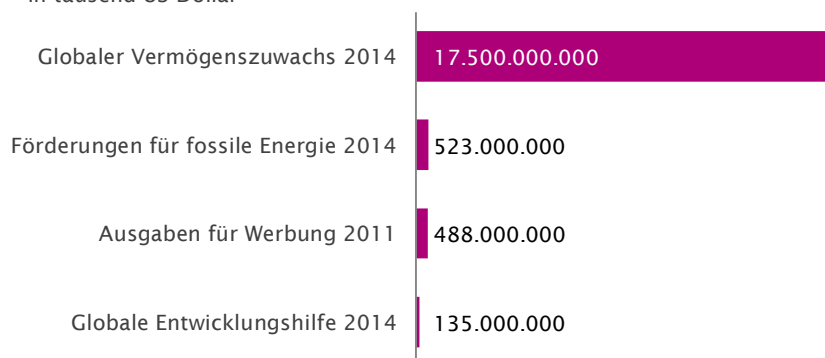
Die OECD-Staaten haben im Jahr 2014 135,2 Mrd. Dollar an Entwicklungshilfe (ODA = Official Development Assistance) geleistet, so Daten des Development Assistance Committee (DAC) entnommen einer Zusammenstellung des Welthaus Bielefeld. Der von den Geberländern angepeilte Anteil der ODA-Mittel von 0,7 Prozent am Bruttoinlandsprodukt wird damit weit verfehlt – er lag bei 0,29 Prozent. Lediglich Schweden und Norwegen lagen mit 1,1 bzw. 0,99 Prozent über diesem Zielwert. Deutschland erreichte 0,41 Prozent, Österreich knapp 0,3 und die USA nur 0,19 Prozent.

Die weltweiten Ausgaben für Werbung liegen beim über Dreifachen der Entwicklungshilfe, nämlich bei knapp 500 Mrd. Dollar. Und laut Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA) wurden 2014 weltweit 523 Mrd. Dollar an staatlichen Subventionen für fossile Energien ausgegeben. Demgegenüber betragen die Gesamtinvestitionen in Erneuerbare Energien 2014 lediglich 270,2 Mrd. Dollar, so Angaben des *Renewables 2015 Global Status Report*.

Die Geldvermögen sind laut einer Studie der Boston Consulting Group von 2013 bis 2014 von 146,8 auf 156,3 Billionen Dollar, was einem Zuwachs von 17,5 Billionen Dollar entspricht. Dieses Geld wird zwar weitgehend reinvestiert, aber wohl nur zu einem geringen Teil in nachhaltige Projekte. Sinnvoller wäre es, einen Teil dieser Vermögen abzuschöpfen, um eine globale Energiewende zu finanzieren, die auch den Ländern nachholender Entwicklung zu Gute käme und im Sinne der soeben von der Staatengemeinschaft verkündeten *Sustainable Development Goals* wirken würde. In den reichen Ländern steht zudem ein radikaler Umbau der Mobilitäts- und Konsumstrukturen an, um die in Paris beschlossenen Klimaschutz-Ziele Realität werden zu lassen. Ein Wirtschaftswachstum, das den Ärmeren zu Gute kommt, braucht neue Entwicklungsstrategien sowie neue Investitionsprioritäten.

Die staatlichen Förderungen für fossile Energieträger waren 2014 viermal so hoch wie die globale Entwicklungshilfe. Die weltweiten Ausgaben für Werbung betragen mehr als das Dreifache des Weltentwicklungshilfebudgets.

Weltweite Ausgaben für staatliche Entwicklungshilfe im Vergleich zu anderen Aufwendungen in tausend US Dollar



Quellen: Boston Consulting Group, IEA, Renewables 2015 Global Status Report, Statista, Welthaus Bielefeld

JBZ-Grafik

Quellen

Datenblatt Entwicklungspolitik. Hrsg. vom Welthaus Bielefeld. 27.4.2015

www.welthaus.de/fileadmin/user_upload/Bildung/pdf_fuer_Downloads/Datenblatt-Entwicklungspolitik.pdf Download 25.1.2016

Die Welt steckt mehr Geld in Öl als in Gesundheit. Daten nach IEA und IWF. In: Die Welt

www.welt.de/wirtschaft/energie/article141084514/Die-Welt-steckt-mehr-Geld-in-Oel-als-in-Gesundheit.html Download 25.1.2016

Weltweite Ausgaben für Werbung seit 2008

de.statista.com/statistik/daten/studie/160585/umfrage/weltweite-ausgaben-fuer-werbung-seit-2008/ Download 25.1.2016

Zahl der Millionärshaushalte wächst weltweit um über 13 Prozent. In: Spiegel Online

www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/vermoegen-zahl-der-millionaershaushalte-waechst-weltweit-um-13-prozent-a-1038873.html

Download 25.1.2016

Renewables 2015 Global Status Report

www.ren21.net/status-of-renewables/global-status-report/ Download 25.1.2016

Impressum

Verfasser:

Mag. Hans Holzinger, wissenschaftlicher Mitarbeiter der
Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen
www.jungk-bibliothek.at
h.holzinger@salzburg.at

Wachstum im Wandel ist eine Initiative, die Menschen aus Institutionen, Organisationen und Unternehmen dazu einlädt, sich mit Fragen zu Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität auseinanderzusetzen. Vom österreichischen Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft ins Leben gerufen, wird die Initiative von mehr als 20 Partnerorganisationen, darunter Ministerien, Landesregierungen, Interessensvertretungen, Unternehmen, Universitäten und zivilgesellschaftlichen Organisationen getragen.
www.wachstumimwandel.at

Medieninhaber und Herausgeber:

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW), Sektion I, Umwelt und Klimaschutz, Abteilung I/2 – Energie- und Wirtschaftspolitik (Leitung: Martina Schuster); Abteilung EU-Koordination Umwelt (Leitung: Elisabeth Freytag-Rigler), Stubenbastei 5, 1010 Wien.

Kontakt: Caroline.Vogl-Lang@bmlfuw.gv.at

Die in diesem Fact Sheet vertretenen Meinungen des Verfassers sind nicht notwendigerweise die Meinung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

Layout: Gerda Palmetshofer
Erscheinungsdatum: Februar 2016
Alle Rechte vorbehalten.